**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 154, Nr. 222, Nr. 1179

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 69. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Königstr. 20, Tel. I, Nr. 4583.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt
und
# Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 642. Montag 18. Dezember 1905. 99. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

* In einer außerordentlichen Tagung des Alldeutschen Verbandes, die gestern in Leipzig stattfand, wurde eine Resolution zu Gunsten der Vermehrung unserer Flotte angenommen. (S. den Artikel.)

* Die aktive Schlachtflotte unter dem Befehl des Großadmirals von Koester ist in Kiel eingetroffen.

* Die Verständigungsversuche mit der ungarischen Koalition nehmen einen anscheinend günstigen Fortgang. (S. Ausland.)

* Der Präsident von Venezuela, Castro, hat die an den französischen Geschäftsträger in Caracas Taigny gerichtete Frankreich beleidigende Note zurückgezogen. Der Zwischenfall gilt daher für erledigt.

## Politische Wochenschau.

Für den Reichstag haben die Weihnachtsferien begonnen, nachdem er kaum zusammen getreten war. Ein nach jeder Richtung unerquicklicher und verfehlter Sessionsabschnitt liegt damit hinter uns. Die Regierung hatte mit der Einberufung des Reichstages viel zu lange gewartet, als daß an eine fruchtbare Tätigkeit vor Weihnachten noch zu denken gewesen wäre. In der Hauptsache wurden denn auch die zur Verfügung stehenden Sitzungen mit jenen Plaudereien über sämtliche Dinge des Himmels und der Erde ausgefüllt, die man als erste Etatslesung zu bezeichnen pflegt. Daß damit zugleich die Beratung der Reichsfinanzreform verbunden wurde, machte die Debatte nicht eben übersichtlicher. Und dabei gelang es noch nicht einmal, das fünfblättrige Steuerkleeblatt des Frhrn. v. Stengel wenigstens in erster Lesung zu zerpflücken. Auch diese Arbeit ist für die Zeit nach Neujahr reserviert worden.

Auf kolonialem Gebiet konnte wenigstens von der Budgetkommission der Bahnbau von Lüderitzbucht nach Kubub durchberaten und im letzten Augenblick vom Reichstage bewilligt werden. Daß die Bahn sich in absehbarer Zeit rentieren sollte, ist kaum zu erwarten; aber sie war schlecht zu entbehren, wenn man unsre Truppen im Hottentottengebiete nicht ohne regelmäßige Zufuhren lassen wollte, und aus den Erklärungen des Oberst Deimling mußte man leider entnehmen, daß wir noch auf Jahre hinaus keinen Mann aus dem Süden unseres Schutzgebietes zurückziehen können. Im Hererolande sieht glücklicherweise die Lage günstiger aus, aber die Ankündigung eines vierten Nachtragsetats von 30 Millionen für Südwestafrika war nicht gerade geeignet, die Stimmung im Reichstage über koloniale Angelegenheiten zu verbessern; und das um so mehr, als auch der Gouverneur von Kamerun allmählich so viel Butter auf seinem Kopfe angesammelt hat, daß er schleunigst aus der heißen afrikanischen Sonne nach der kühleren Heimat befördert werden mußte. Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg hatte es daher nicht ganz leicht, die unbequemen Fragen in der Kommission und im Plenum zufrieden zu stellen; aber man merkte ihm wenigstens den guten Willen an, etwas mehr Dampf in unserer Kolonialverwaltung aufzusetzen, und so konnte er bei seinen ersten Schritten leidlich abschneiden.

So kurz die dem Reichstage zur Verfügung stehende Zeit war, so mußte sie doch den Agrariern Gelegenheit zu einer Probe dafür bieten, wie weit Regierung und Reichstag ihnen untertänig sein wollen. Graf Reventlow, der zu den „Neusten" gehört, die sich nach Mephisto „grenzenlos erdreusten", unternahm bei der Beratung des Handelsprovisoriums mit England den schneidigen Husarenritt ins Feindesland. Wirklich gelang es ihm auch, den Reichstag wegen Beschlußunfähigkeit auffliegen zu lassen. Aber damit waren auch seine Erfolge erschöpft und zuletzt blieb ihm nichts übrig, als zu kapitulieren. Stellte sich doch schließlich heraus, daß seine Gefolgschaft in zwei oder drei Männchen bestand; die anderen hatten es vorgezogen, sich aus der kompromittierenden Nähe Reventlowscher Ueberstiegenheiten zurückzuziehen.

Das neue englische Kabinett ist nun fertig. Sir Campbell Bannerman hat es verstanden, die Elite der liberalen Partei Englands um sich zu scharen; nur Lord Roseberry steht etwas grollend bei Seite. Wie groß die Aussicht des Kabinetts „C.-B." ist, sich zu behaupten, müssen erst die kommenden Neuwahlen zeigen; aber bedeutsam, und besonders für deutsche Verhältnisse lehrreich bleibt es immer, wie weitherzig der Liberalismus in England seine Grenzen zieht. Gehört doch dem neuen Kabinett ein Mann, wie der junge und rücksichtslose Lloyd-George an, der während des Burenkrieges so unerbittlich mit dem konservativen Ministerium ins Gericht ging; und ist doch auch John Burns, der Führer im großen Londoner Dockstreik, als Präsident des Local Gouvernement Board, in eine der wichtigsten Regierungsstellen berufen worden.

In Frankreich hatte das Kabinett Rouvier eine unangenehme Stunde, als die Kammer den radikalen Antrag, die geheime Abstimmung bei der Bureauwahl durch die öffentliche zu ersetzen, mit 286 gegen 278 Stimmen ablehnte. Es handelte sich zwar nicht direkt um eine Angelegenheit des Kabinetts, aber Herr Rouvier wackelte trotzdem, weil seine parlamentarischen Hilfstruppen unterlagen. Die Absicht, nicht bloß die Wiederwahl Doumers zum Präsidenten der Kammer, sondern auch seine Wahl zum Präsidenten der Republik unmöglich zu machen, war gescheitert. Die geheime Wahl bleibt, womit freilich noch nicht gesagt ist, daß Doumer nun auch wirklich für die nächsten sieben Jahre ins Elysée einziehen wird; indessen sind doch seine Aussichten bedeutend gestiegen, da im Dunkeln bekanntlich gut munkeln ist. Herr Rouvier blieb trotzdem, da augenblicklich aus inneren, wie äußeren Gründen ein Kabinettswechsel inopportun erscheint. Besonders liegt den Franzosen die kommende Marokkokonferenz von Algeciras in den Gliedern. Herr Rouvier ist gerade für die Durchführung der Marokkoangelegenheit unentbehrlich. Er hat sich dafür nicht ungeschickt vorbereitet, indem er die Aktenstücke zur Marokkofrage in einem umfangreichen Gelbbuche zusammenstellte. Die Tendenz des Gelbbuches ist der Nachweis, daß Frankreich in Marokko durchaus konsequent verfahren ist, während die deutsche Politik einen Sprung gemacht hat. Daß Herr Saint Réné Taillandier emphatisch bestreitet, sich als Mandatar Europas aufgespielt zu haben, will allerdings wenig besagen, angesichts der offenen Erklärung Delcassés an den Fürsten Radolin, „daß Frankreich als Herrin von Algier und Tunis ein Recht habe, in Marokko eine absolut besondere Situation zu bewahren". Andererseits scheint allerdings die deutsche Regierung das Marokkoproblem erst allmählich bestimmter angepackt zu haben. Indessen muß man zugestehen, daß sie selbst den Zeitpunkt zu wählen hatte, an dem sie ihre Rechte zu wahren sich entschloß. Gerade auf internationalem Gebiete bedeutet Schweigen noch keine Zustimmung. Auch wird Herr Rouvier hoffentlich einsehen, daß alle historischen Rechtfertigungsversuche ihn nicht um die Notwendigkeit herumbringen, sich mit den deutschen Ansprüchen abzufinden. Jetzt ist Algeciras das Rhodus, wo es zu tanzen gilt.

Frankreich dürfte um so weniger in der Lage sein, in Algeciras einen intransigenten Standpunkt einzunehmen, als sein russischer Alliierter gar nicht daran denken kann, sich in die Welthändel zu mischen. Noch immer ringen in Rußland Revolution und Gegenrevolution miteinander und noch immer fristet Graf Witte sein Ministerdasein von Tag zu Tag mühsam weiter. Ob es ihm gelingen wird, dauernde Ordnung zu schaffen, das ist heute noch so unsicher wie bisher.

## Deutsches Reich.

Leipzig, 18. Dezember.

P. **Der Gesetzentwurf zur Reform der Ersten Kammer** ist bekanntlich deshalb von vornherein auf so starken, berechtigten Widerstand gestoßen, weil die Zahl von hinzutretenden Mitgliedern nicht aus freien Wahlen hervorgehen, sondern durch königliche Ernennung ihr Mandat erhalten sollen. Die Begründung des neuen Entwurfs sagt darüber auf Seite 3: „Wohl ist hier und da (nur hier und da?! Red.) der Wunsch laut geworden, daß den Handels- und Gewerbekammern das Wahl- oder Vorschlagsrecht eingeräumt werden möge. Man hatte sich jedoch dessen zu erinnern, daß gerade die Vertreter dieser Kammern bei der Besprechung der Vertrauensmänner über die Wahlrechtsänderung im Jahre 1903 sich mit großer Entschiedenheit gegen die Uebertragung politischer Wahlen an diese Kammern ausgesprochen hatten, um sie vor politischen Parteiungen zu bewahren. Vgl. Denkschrift Dekret Nr. 24, Landtag 1903/04. Man sollte nun wenigstens annehmen, daß dieser einzige Grund, den die Regierung gegen die Erteilung des Wahlrechts an die Handelskammern anführt, auch zutreffend wäre. Dem ist aber nicht so. Es handelt sich hier mindestens um eine recht ungenügende Arbeit des Ministeriums des Innern. In dem Dekret Nr. 24 vom 31. Dezember 1903 wird auf S. 36 lediglich davon gesprochen, daß man sich gegen die Anstellung der Kammern als Wahlkörper für die Wahlen zur Zweiten Kammer ausgesprochen habe, um diese vor Parteiungen zu bewahren. Für die Erste Kammer konnte das Bedenken schon um deswillen nicht in Frage kommen weil in der Ersten Kammer keine Fraktionen vorhanden sind. Ferner aber mag man im Ministerium des Innern doch mal im Aktenschranke nachsehen lassen, es müssen sich da mehrere Eingaben der Handelskammern von Chemnitz, und, wenn wir nicht irren, auch von Dresden finden, worin das aktive Wahlrecht zur Ersten Kammer gefordert wird. Es ist also direkt falsch, wenn in dem jetzigen Dekret summarisch behauptet wird, die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern hätten sich gegen die Uebertragung politischer Wahlen an diese Kammern ausgesprochen.

ir. **Deutsch-englische Beziehungen.** Die Versammlung, die heute von den Aeltesten der Kaufmannschaft veranstaltet zu einer Demonstration für eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, war außerordentlich stark besucht. Die einleitenden Worte sprach der Präsident der Aeltesten. Darauf sprachen der Reihe nach der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Dr. Salomonsohn, der Rektor der Technischen Hochschule von Charlottenburg, Knapp, Prinz Schönaich-Carolath, H. Hecht (für die Berliner Exporteure), Prof. Paulsen, Kommerzienrat Holz, Reichstagsabgeordneter Schrader und Stadtältester Dr. Weigert. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin auf den 17. Dezember 1905 in die Säle des Börsengebäudes einberufene und von mehr als 2000 Personen aus fast allen Berufszweigen besuchte Versammlung begrüßt mit Freuden alle Bestrebungen, die auf Herstellung und Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Englischen und Deutschen Nation gerichtet sind. Indem sie die Wünsche für ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Völkern, die in verschiedenen von hervorragenden Männern Groß-Britanniens in London veranstalteten Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden sind, auf das Wärmste erwidert, spricht sie die Ueberzeugung aus, daß ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England dazu berufen ist, nicht nur die Interessen beider Nationen sondern auch die geistige und wirtschaftliche Entwickelung der Welt auf das Wirksamste zu fördern." Es waren zahlreiche Zustimmungsdepeschen eingelaufen. Das Ergebnis der Versammlung soll dem Fürsten Bülow, dem englischen Ministerpräsidenten rc. mitgeteilt werden.

* **Bankerott einer Krankenkasse.** Die Rheinische Krankenkasse, ein über ganz Rheinland verbreitetes Institut, das jüngst erst die Beiträge erhöhte, hat, wie der „T. R." meldet, die Zahlungen eingestellt. Der den Geschäftsraum füllenden, die Kranengelder beanspruchenden Personen bemächtigte sich bei dieser Eröffnung große Aufregung. Es kam zu Ruhestörungen, so daß Polizei gerufen werden mußte, welche die Ordnung wiederherstellte. Inwieweit auch bei dieser schweren Schädigung der Arbeiterinteressen etwa sozialdemokratische Verwaltungskünste im Spiele sind, ist aus den bisherigen Nachrichten nicht zu erkennen.

-jt- **Europäische Fahrplankonferenz.** Auf der letzthin in Florenz abgehaltenen europäischen Fahrplankonferenz wurde als Versammlungsort für die im Sommer nächsten Jahres stattfindende Winterfahrplankonferenz einstimmig Bremen gewählt.

* **Kleine politische Nachrichten.** Die „Vossische Zeitung" läßt sich aus Weimar melden, daß der großherzoglich sächsische Minister von Wurmb nach Ablauf seines dreimonatigen Erholungsurlaubs nicht auf seinen Posten zurückkehren werde. An Berliner maßgebenden Stellen wird die Richtigkeit dieser Mitteilung bezweifelt. Nach der „Nationalztg." verlautet, das zum Nachfolger des als Botschafter nach Petersburg versetzten Herrn von Schön Graf Henckel von Donnersmarck ausersehen sei, der angeblich noch vor Neujahr sein Amt antreten werde. — Bei der Landtagsersatzwahl in Luckau-Lübben wurde Generalmajor z. D. von Kroßigk-Farpenwalde gewählt.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

* **Die Verständigungsversuche mit der ungarischen Koalition.** Aus Wien, 16. Dezember, wird uns mitgeteilt: Der ungarische Ministerpräsident Freiherr von Fejervary und Dr. Lorenzius v. Lukacs, der langjährige ehemalige ungarische Finanzminister wurden gestern nachmittag vom Kaiser in gemeinsamer Audienz empfangen. Schon dieser Umstand allein beweist, daß die Verständigungsaktion des Dr. v. Lukacs bis vollen Einvernehmen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten erfolgte und auch noch weiter fortgesetzt werden wird. Vorläufig handelt es sich darum, die Koalition zu bewegen, die dringlichsten Staatsnotwendigkeiten dem Kabinett Fejervary in das Dr. v. Lukacs als Finanzminister eintreten würde zu bewilligen, um erst zu einem späteren Zeitpunkte die Neubildung des Kabinetts auf Grundlage eines vollen Einvernehmens mit der Koalition durchzuführen. In diesem Falle würde die Vertagung des ungarischen Reichstages am 19. d. Mts. unterbleiben. Würde dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden, dann wäre eine weitere Tagung des Parlamentes völlig zwecklos. Die Verständigung mit der Opposition soll unter der hauptsächlichsten Bedingung erfolgen, daß die Lösung der Frage der ungarischen Kommandosprache einer späteren Zeit vorbehalten bleiben soll, während schon jetzt die anderen bekannten militärischen Zugeständnisse hinsichtlich der Fahnen- und Wappenfrage zur Verwirklichung gelangen sollen. Auch bezüglich der Gleichheit in den Auswärtigen Angelegenheiten und der Verlegung des Reichsfinanzministeriums nach Pest würden schon in nächster Zeit die geplanten Vorkehrungen getroffen werden. Dr. v. Lukacs ist bereits heute nachmittag nach Pest zurückgekehrt, um auf Grund zur Kenntnis der Krone gebrachten Vorschläge seine Verhandlungen mit den Führern der Opposition fortzusetzen, und wie angenommen werden darf mit Erfolg zu Ende zu führen. Auch Baron Fejervary trat heute nachmittag die Rückreise nach Pest an, um dem einzuberufenden Ministerrate über die Situation Bericht zu erstatten. — Wie man uns weiter mitteilt, fanden die Konferenzen des ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskriegsminister Feldzeugmeister v. Pitreich mit der Feststellung jener militärischer Fragen im Zusammenhange, in welchen vorläufige Vereinbarungen mit der Koalition getroffen werden sollen. Außerdem handelte es sich auch um die Flüssigmachung der auf Ungarn entfallenden Quote für die außerordentlichen militärischen Erfordernisse.

* **Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.** In fortgesetzter zweiter Lesung des Budgetprovisoriums gibt Abgeordneter Stein (alld.) der Unzufriedenheit der Alldeutschen mit der Haltung des Ministerpräsidenten gegenüber Ungarn Ausdruck und kündigt die Einbringung eines Antrages auf Erhebung einer Anklage gegen das Ministerium an. Abgeordneter Gorski (Pole) wirft der Regierung vor, daß sie nicht auf parlamentarischer Erledigung des Budgets bestanden habe und bedauert sich, daß die Forderungen der Polen von der Regierung nicht erfüllt würden. Redner wirft der Regierung verfassungswidriges Vorgehen bei der Verzeichnung der Triester Hafenbauten und Eisenbahnbau mit der Kasse vor; die Schuld an den jetzigen Verhältnissen sei bei der Mehrheit der Bureaukratie, die mehr tot als schwarzgelb sei. Schließlich wird das Budgetprovisorium in allen Lesungen angenommen. Das Haus nimmt ferner den Gesetzentwurf betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien ohne Debatte an.

* **Verbot einer sozialdemokratischen Demonstration.** Die Polizeidirektion in Pest hat den für Montag abend geplanten Demonstrationszug der Sozialisten für das allgemeine Wahlrecht verboten. Die Veranstalter des Umzuges haben gegen diese Entscheidung an das Ministerium appelliert.

### Frankreich.

* **Die Erklärungen Rouviers in der französischen Kammer** — man vergl. das gestr. Bl. — schießen mit den Worten: „Die äußere Politik Frankreichs ist leicht zu kennzeichnen; Treu der unberührt gebliebenen Allianz und den loyalsten Freundschaften, die frei von Hintergedanken sind, im Wunsche gegenseitige vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten, hat Frankreich, seiner selbst sicher — wir verkünden es laut — nur die Wahrung seiner Rechte, seiner Interessen und seiner Freiheit im Auge." — Nach Schluß der Erklärung des Ministerpräsidenten beantragt Hubbard die Vertagung der Debatte über die auswärtige Politik. Jaurès bekämpft diesen Antrag, indem er sagt, aus der Erklärung Rouviers habe er den Eindruck gewonnen, daß auf der Konferenz nur über die besonderen Rechte in Marokko beraten werden solle, und daß die Bürgschaften internationaler Art im Dunkeln bleiben sollen. Er halte dies für bedenklich. Wenn die Kammer durch ein beklagenswertes Mißverständnis im Auslande die Meinung entstehen lassen sollte, daß die internationale Seite der Marokkofrage vernachlässigt werden wird, dann wird sie vor dem Lande und vor der Geschichte die Verantwortung dafür tragen. (Beifall auf der äußersten Linken, Lärm rechts und im Zentrum.) Ribot erklärte, er schließe sich dem Vertagungsantrag an. Ich möchte in diesem Augenblick kein Wort sagen, das Polemiken wieder erwecken könnte, die nur zu lange gedauert haben, und die dazu beitragen könnten, zwischen zwei Ländern den Zustand der Ungewißheit des Unbehagens und selbst der Spannung zu verlängern. (Bewegung.) Eine einzige Frage liegt heute vor: Stimmen wir der Regierung bei oder nicht? Wenn wir ihr zustimmen, dann müssen wir ihr die erforderliche Autorität geben, damit sie nach Algeciras geht, um die Interessen Frankreichs mit der ganzen Kraft Frankreichs selbst zu verteidigen. (Lauter Beifall.) Wir müssen uns eng um die Regierung scharen. Wenn es einige Wolken gibt, dann hängt es von Deutschland und seiner Regierung ab, sie zu zerstreuen, aber es hängt von uns ab, dies Werk zu erleichtern, indem wir noch einen den starken Eindruck hervorrufen, daß wir unser selbst sicher sind, daß wir von keinen inneren Streitigkeiten zerrissen und daß wir alle mit der Regierung, der Verteidigerin der Sicherheit und der Ehre Frankreichs einig sind. (Stürmischer Beifall.) Der Vertagungsantrag wurde darauf, wie schon gemeldet, mit 501 gegen 50 Stimmen angenommen.

* **Anschlag auf den Präsidenten Loubet?** Sonnabend abend verbreitete sich in Paris das Gerücht, daß auf den Präsidenten Loubet, als er heute nachmittag von der Jagd aus Marly zurückkehrte, ein Anschlag versucht worden sei. Das Gerücht ist darauf zurückzuführen, daß man gestern in einem Eisenbahnwagen zweiter Klasse eine 500 Gramm schwere Blechbüchse von großer Zentimeter Höhe entdeckt hat, die mit einer anscheinend angezündet gewesenen Lunte versehen war. Die Blechbüchse wird behördlich untersucht werden.

* **Schluß der Parlamentssession.** Nachdem auch der Senat die Vorlage betreffend die zwei provisorischen Zwölftel angenommen hatte, wurde die Parlamentstagung geschlossen.

### Rußland.

* **Einberufung der Reichsduma?** In Petersburg zirkulierte Gerücht, daß am 19. Dezember ein Zarenmanifest veröffentlicht wird, welches die sofortige Einberufung der Reichsduma und umgehende Wahl der Volksvertreter in die Duma anordnen wird.

* **Die Gefahr für die baltischen Deutschen** wird aufs neue durch ein Telegramm kundgegeben, welches der „Berl. Lok.-Anz." erhält. Es heißt darin: Die Revolution hat in ganz Kurland und Livland die Herrschaft an sich gerissen. Auch angrenzende Kreise des Gouvernements Kowno sind in hellem Aufruhr. Bewaffnete Banden brennen alles nieder. Das Leben aller Deutschen, des Kreis, der gesamten Bürgerschaft, der zahlreichen Reichsangehörigen ist in höchster Gefahr. Von Kreuzburg an der Düna bis Kowno steht alles in Flammen. Zwei der baltischen Herren, Baron Korff und Herr von Rosenbach, die den Zug aus Kreuzburg nach Kowno benutzen wollten, wurden von den Aufständischen als Geiseln zurückbehalten. Unter diesen Umständen ist es freudig zu begrüßen, daß der Reichskanzler unverzüglich Vorsorge getroffen hat, unsere bedrohten Landsleute in den baltischen Seehandelsplätzen durch Absendung von Dampfern Hilfe zu bringen.

* **Zum Schutze der Ausländer** im Falle von Unruhen werden in Kiew, wie man von dort meldet, infolge energischer Vorstellungen der fremden Gesandten in Petersburg außerordentliche Maßregeln vorgenommen. Der Generalgouverneur hat sich mit einem geheimgehaltenen Schreiben an den Konsulat in Kiew gewandt, um die Adressen der einzelnen Ausländer zu haben. Im Falle von Unruhen werden die betreffenden Häuser in erster Linie militärischen Schutz erhalten.

* **Aus Polen** wird gemeldet: In Warschau wird der Telegraphenstreik zum Teil durch Soldaten besorgt. In Radom wurde gegen arbeitswillige Beamte eine Bombe geschleudert, durch welche das Innere des Telegraphenamts stark beschädigt wurde. In Kalisch warden auf den Polizeichef aus dem Hinterhalt mehrere Schüsse abgefeuert, die ihr Ziel jedoch verfehlten. In Lodz widersetzten sich die Straßenbezirke, wobei etwa 20 Personen durch Mitglieder der schwarzen Bande verletzt wurden. Kosaken gingen schließlich gegen die Hooligans vor.

* **Eine Versammlung von Offizieren der Flotte des Schwarzen Meeres.** In Rußland ereignen sich jetzt Dinge, die in jedem anderen Staate rein unmöglich wären. So wird uns jetzt gemeldet, daß vorgestern in Sebastopol eine Versammlung aller Marineoffiziere der 14. Equipage der Schwarzenmeerflotte stattgefunden und folgende Resolution gefaßt hat: „1) Die Marineoffiziere wünschen kein weiteres Blutvergießen. 2) Sie wünschen den Hafen von Sebastopol nicht zu verlassen. 3) Sie konstatieren, daß durch der tatlosen Rolle des Admirals Tschuchnin, der die Wünsche der Offiziere ignorierte, die Matrosen das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten verloren haben. 4) Sie verlangen, daß die ökonomischen Forderungen der Matrosen erfüllt werden. 5) Sie bitten den Zaren, daß die meuternden Matrosen nicht dem Kriegsgericht, sondern einem öffentlichen Militärgericht unter Zulassung von Zivilverteidigern, übergeben werden. 6) Sie verlangen Entlassung des Admirals Tschuchnin und Einberufung einer Versammlung aller Offiziere der Schwarzenmeerflotte, die über die verschiedenen Fragen der Reorganisation der Schwarzenmeerflotte Beschlüsse fassen sollen.

* **Wiederaufnahme des Verkehrs auf der Sibirischen Bahn.** Am 14. Januar 1906 wird auf der großen Sibirischen Bahn, die bis jetzt für den Passagier- und Güterverkehr gesperrt war und nur von Militärzügen benutzt werden durfte, der regelmäßige Zugverkehr wieder aufgenommen.

### Marokko.

* **Die marokkanischen Vertreter auf der Konferenz.** Aus Tanger, 16. Dezember wird gemeldet: Amsil el Mokri, der erste Beigeordnete des marokkanischen Vertreters auf der Konferenz in Algeciras Mohammed el Torres, ist heute vormittag aus Larrasch angekommen. Die ganze marokkanische Vertretung für die Konferenz ist jetzt in Tanger versammelt.

### Spanien.

* **Die spanischen Vertreter auf der Marokko-Konferenz.** Wenn die innerpolitischen Verhältnisse es gestatten, werden Ministerpräsident Moret, der spanische Botschafter in Washington de Cologan und Unterstaatssekretär de Ojeda Spanien auf der Konferenz in Algeciras vertreten. Das Gesamtarchiv der Madrider Konferenz von 1880 wird nach Algeciras transportiert werden.

### Griechenland.

Der König ist in Athen eingetroffen. Er wird morgen mittag den Ministerpräsidenten Rallí empfangen, um mit ihm über die Mittel zur Lösung der Krise zu beraten.

### Union.

* **Präsident Roosevelt über die Schiedsgerichte.** Präsident Roosevelt sagte in einer Ansprache, die er an eine Abordnung einer Vereinigung für den allgemeinen Frieden hielt, er glaube, daß die Ausdehnung schiedsgerichtlicher Entscheidung auf die Angelegenheiten, die in der Vergangenheit Kriege herbeiführten, fast jede Schwierigkeit zwischen den Völkern beilegen würde. Er beabsichtige bald Vertreter für die zweite Haager Konferenz zu ernennen, die beauftragt werden sollen, für die Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auf die bisherigen Kriegsursachen einzutreten.